# XtraGrün • Kassel

2007 Herbst

INFORMATIONEN DER FRAKTION IM RATHAUS

## Liebe Leserin, lieber Leser,

Sie halten die mittlerweile neunte Ausgabe von XtraGRÜN der Kasseler Rathausfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Ihren Händen. Wir hoffen, dass diese Zeitung für Sie wieder eine informative und vergnügliche Lektüre zu aktuellen Themen der Stadtpolitik bietet. Wir GRÜNEN haben diese Zeitung ins Leben gerufen, weil wir regelmäßig Rechenschaft über unsere Arbeit im Rathaus geben wollen und den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern suchen – kontinuierlich und nicht nur in Wahlkampfzeiten. Diese Tradition setzen wir hiermit fort. Und wir machen diese Zeitung, weil für uns GRÜNE eines sehr wichtig ist: Eine gute Politik muss von vielen Menschen getragen werden. Und dafür sind gute und regelmäßige Informationen unerlässlich.
Nehmen Sie uns beim Wort und sagen Sie uns Ihre Meinung. Anregungen und Kritik sind herzlich willkommen. Ich wünsche Ihnen viel Spaß mit der neunten Ausgabe von XtraGrün!
::: Karin Müller, Fraktionsvorsitzende

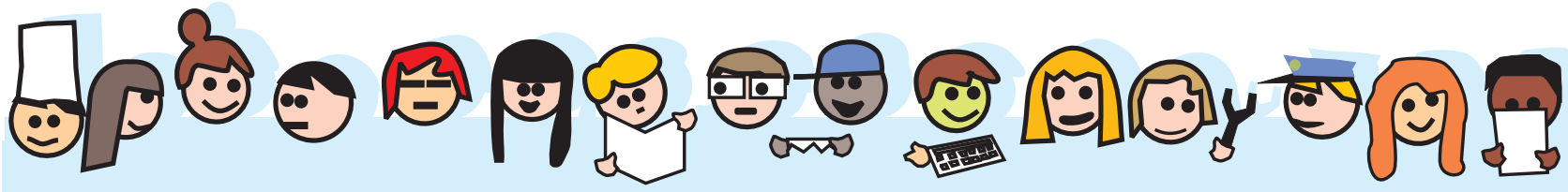
# Zukunft gestalten mit uns

**Die Kasseler Rathausfraktion** von Bündnis 90/DIE GRÜNEN stellt sich den Herausforderungen des demografischen Wandels. GRÜNE Politik war und ist schon immer zukunftsorientiert und zukunftsfähig. Unsere Schwerpunkte liegen, neben vielen anderen Bereichen, die wir bearbeiten, bei den Themen Umwelt, Kinder und Bildung. Diese Themen werden wir auch wieder in unseren Haushaltsverhandlungen 2008 aufgreifen und vorantreiben.
Frühkindliche Bildung fördern durch weitere Qualitätsverbesserungen in den Kindertagesstätten, Elternkompetenzen stützen und lebenslanges Lernen ermöglichen – dies sind Stichworte, die durch verschiedene Projekte und Maßnahmen mit Leben gefüllt werden sollen. Dabei ist das lebenslange Lernen auch wörtlich gemeint. Gerade in einer Stadt wie Kassel ist es notwendig, Bildungsangebote ab der zweiten Lebenshälfte bereit zu halten. Nur dadurch lässt sich langfristig gewährleisten, in allen Alterstufen ein selbstbestimmtes Leben zu führen.
Zukunftsfähigkeit bedeutet für uns aber nicht nur Bildungsangebote zu verbessern, sondern auch für eine Stadt der kurzen Wege und der sauberen Luft zu sorgen. Sprich: Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs, des Radverkehrs, Maßnahmen der Luftreinhaltung und der Klimaeffizienz stehen für uns an oberster Stelle. In allen Bereichen müssen wir weg vom „Inseldenken". Der Regionengedanke muss bei den Menschen ankommen. Das heißt zum Beispiel, dass wir nicht nur an die Gewerbesteuern denken, sondern auch an den Flächenverbrauch. Flächen müssen regional ausgewiesen und gemeinsam vermarktet werden. Nur so kann sich die Region gemeinsam entwickeln. Heute das Lange Feld zu entwickeln und morgen wieder Brachflächen zu haben, ist weder nachhaltig noch zukunftsfähig.
Lassen Sie uns also in diesem Sinne gemeinsam an diesen Zielen für eine lebenswerte Region weiterarbeiten.
::: Karin Müller, Fraktionsvorsitzende

## Städtische Werke

### Verkauf abgewendet – Zukunft gesucht

**Die erste Etappe ist gewonnen:** Mit einem deutlichen „Nein" hat die Stadtverordnetenversammlung die Initiative des Oberbürgermeisters und des Kämmerers, den Verkauf weiterer Anteile an den Städtischen Werken zu prüfen, beerdigt. Die zweite Etappe steht noch bevor: Es muss ein Konzept her, das die Werke befähigt, in einem schwieriger gewordenen Markt erfolgreich zu operieren. Die früher selbstverständliche Kundenbindung mit garantierter Gewinnspanne gibt es nicht mehr.
Die Werke werden nur dann auf Dauer überleben können, wenn sie das Besondere anbieten: z. B. die warme Wohnung zum Festpreis statt immer teurer werdendem Gas sowie Strom aus Wasser, Wind und Sonne statt Strom aus nichterneuerbaren Ressourcen oder die Finanzierung von Wärmedämmmaßnahmen statt der Beihilfe zur Verschwendung von Heizenergie.
Die Stadtwerke müssen zum Vorreiter der Region auf dem Weg in eine $CO_2$-freie Zukunft werden.
*siehe auch: Kassel atomstromfrei Seite 2.*



## „Du bist wichtig!"

### Plädoyer für einen besseren Übergang von der Schule in den Beruf.

**Das Ende der Schulzeit** markiert einen Einschnitt im Leben junger Menschen. Wünsche und Träume zur eigenen Zukunft müssen sich nun an der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Realität messen lassen. Doch Ausbildungs- und Praktikumsplätze sind knapp. Düsteren Zukunftsaussichten folgen oft Demotivation und Verweigerungshaltung.
„Junge Menschen auf dem Arbeitsmarkt" ist ein Thema, bei dem in Gesellschaft und Politik eigentlich breite Übereinstimmung herrscht. Der bundespolitische nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs verdeutlicht das gemeinsame Ziel: kein junger Mensch unter 25 Jahren soll länger als drei Monate arbeitslos sein.

### Was zu tun ist

Natürlich ist hierbei zuerst die Wirtschaft gefordert, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung und ihrer eigenen Forderung nach qualifiziertem Nachwuchs gerecht zu werden. Doch in Hessen ist die Situation prekär. Der aktuelle Bildungsreport der IHK-Hessen belegt dies unter der Überschrift: „Über dem Bundesdurchschnitt: Ausbildungshemmnis Nummer eins sind schlechte Qualifikationen der SchulabgängerInnen". So beklagen 56 Prozent der hessischen Ausbildungsbetriebe die mangelnde Ausbildungsreife der SchulabgängerInnen als Hauptproblem des Ausbildungsmarktes. Im Bundesdurchschnitt liegt dieser Wert bei unter 50 Prozent.

So muss sich der Blick auch auf die schulische Vorbereitung richten. Bildung darf nicht nur auf „Feuerwehrfunktionen" in Qualifizierung und Weiterbildung reduziert werden. Vielmehr müssen wir schon in der schulischen Ausbildung darauf achten, dass unsere SchülerInnen ausreichend auf ihren weiteren Berufs- und Lebensweg vorbereitet werden.

Als GRÜNE Rathausfraktion setzen wir uns daher in den Haushaltsverhandlungen für 2008 dafür ein, dass Gelder bereitgestellt werden, um frühzeitig ergänzend zur pädagogischen Ausbildung mit der Berufsfindung zu beginnen. Dabei wollen wir ab der 7. Klasse in den unterschiedlichen Schulformen so genannte ÜbergangsmanagerInnen an den Schulen einsetzen. Diese sollen die unterschiedlichen Bausteine der Berufsfindung und -orientierung koordinieren sowie als AnsprechpartnerInnen sowohl für das Lehrpersonal als auch für die SchülerInnen fungieren. Weiter sollen sie regionale Netzwerke der PartnerInnen in der beruflichen Qualifikation aufbauen und pflegen.
Unser Ziel ist es, jedem Jugendlichen am Ende der Schulzeit Perspektiven anbieten zu können. Die Botschaft muss lauten: „Du bist wichtig. Du wirst gebraucht. Du hast Chancen." Unterstützung für SchulabgängerInnen können wir uns leisten, Demotivation dagegen nicht. ::: Karl Schöberl


Fraktion im Rathaus Kassel
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
www.gruene-fraktion-kassel.de


# Mit Klimzug in eine erfolgreiche Zukunft

**Der Klimawandel ist Realität.** Nur noch Ignoranten und der amerikanische Präsident widerstehen den Erkenntnissen der Wissenschaft. Längst ist Klimawandel nicht mehr nur ein Thema für den Katzentisch, sondern eines, das die Schlagzeilen der Medien bestimmt. Es geht schließlich um nichts weniger als die Frage, ob die Folgen des Klimawandels noch beherrschbar sind oder ob sie uns beherrschen werden. Das ist abhängig davon, wie schnell und wie umfassend die Treibhausgasemissionen zurückgefahren werden.

„Handeln, handeln, handeln" forderte der kalifornische Gouverneur auf der Klimakonferenz der Vereinten Nationen. „Wir können gar nicht mehr darüber entscheiden, ob und wann wir handeln wollen", stellt der ehemalige Leiter des UN-Umweltprogramms, Klaus Töpfer, fest, „wir müssen sofort handeln, sonst droht nicht nur das Umwelt-, sondern auch das wirtschaftliche Desaster."

Und das Ziel einer drastischen Reduzierung der $CO_2$-Emissionen ist erreichbar, ohne Verzicht auf Lebensqualität und Komfort! Im Gegenteil. Die Herausforderung bietet auch riesige Chancen, gerade für Nordhessen. Wenn in wenigen Jahren Energie aus erneuerbaren Quellen preiswerter werden soll als konventionelle Energie, das Solarhaus Standard und die Versorgung mit Strom und Wärme dezentral und zu 100 Prozent aus umweltfreundlicher Produktion ist, dann können Unternehmen aus Kassel und Nordhessen auf der Gewinnerseite sitzen. Denn hier sind alle Kompetenzen vorhanden, um die entsprechenden Technologien zu optimieren.
Im Netzwerk für dezentrale Energien und Energieeffizienz (deENet) im Regionalmanagement, im Bereich der Wirtschaftsförderung und natürlich in der Universität wird seit langem an diesem Ziel gearbeitet. Mit der begründeten Aussicht, aus 3.000 Arbeitsplätzen, die derzeit im Bereich Zukunftsenergie in der Region vorhanden sind, innerhalb der nächsten 15 Jahre 20.000 zu machen.

Das Bundesforschungsministerium hat nun die Regionen in Deutschland zur Teilnahme an einem Wettbewerb aufgefordert, der da heißt: „Klimawandel in Regionen zukunftsfähig gestalten" (kurz: KLIMZUG). Die Fördergelder betragen drei Millionen Euro pro Jahr bei einer Gesamtlaufzeit von fünf Jahren. Ziel ist es, die Regionen aufzufordern, nicht die zukünftigen Probleme zu bejammern, sondern sie als Chance auf Veränderung und Gestaltung zu sehen.

Das ist genau das, was wir GRÜNEN seit Jahren fordern und wo wir die größten Potenziale für die Region sehen. Die Stadtverordnetenversammlung hat nun auf ihrer letzten Sitzung vor der Sommerpause mit überwältigender Mehrheit einem von uns GRÜNEN eingebrachten Antrag zugestimmt, dass die Stadt ihre Teilnahme an diesem Forschungsvorhaben KLIMZUG vorbereitet. Endlich scheinen viele GRÜNE Klimmzüge einen veritablen Aufschwung in Gang zu setzen. Mit KLIMZUG in eine solare Zukunft! Das ist gut so und das freut uns ungemein! ::: Helga Weber

## GRÜNE Politik in und für Kassel


Kassel ist atomstromfrei ... ... 2
Land bringt Kassel nicht nach vorne
Chancen für Herkulesbahn nutzen ... 2
Klimaschutz für Alle – Tipps ... 2
Land bringt Kassel nicht nach vorne ... 2
Lernen mit Herz, Kopf und Hand ... 3
Eine Schule für Alle ... 3
Räume zum Leben ... 3
Einkaufen mit dem Fahrrad ... 3
Mehr Last mit LUSD ... 4
Ein anderer Blick auf das Kind ... 4
Anspruch auf saubere Luft ... 4
Fraktion sagt Danke! ... 4

# Kassel ist atomstromfrei GRÜNE feiern den Erfolg!

**Die Geschichte** der GRÜNEN Fraktion und der GRÜNEN insgesamt ist eng mit dem Atomausstieg verbunden. Für die GRÜNEN in Kassel ist der Kampf für eine Energiewende schon immer ein zentrales politisches Anliegen gewesen. Ohne den Wunsch nach dem Atomausstieg wären die Grünen vielleicht nie gegründet worden. Daher ist der 1.November 2007 für die GRÜNE Rathausfraktion ein besonderer Tag: Die Kasseler Stadtwerke beziehen ab sofort nur noch zertifizierte atomstromfreie Energie! Noch zwei Monate zuvor haben wir in der Stadtverordnetenversammlung einen harten Kampf um den Erhalt der Stadtwerke geführt.

Erst im Juli hat Infratest dimap im Deutschland ermittelt, dass 56% der Bevölkerung aus der Atomenergie aussteigen möchte.

Wir haben in der Region Kassel gute Möglichkeiten, die Stadtwerke dauerhaft am Markt abzusichern. Eingebettet in regionale Netzwerke würden vor allem die Bürgerinnen und Bürger davon profitieren. Es muss gelingen, zu fairen Preisen mit einer atomstromfreien Strategie auf dem Markt zu agieren und die riesigen Energieeinsparpotenziale zu erschließen. Der Ausstieg aus der Atomenergie durch den Einkauf zertifizierten Ökostroms kann aber nur der erste Schritt gewesen sein.

STADT ATOMSTROM? NEIN DANKE! KASSEL

Unser Antrag „Die Städtischen Werke stärken" hat dabei als Alternative zu dem vom Oberbürgermeister angestrebten Bieterverfahren und dem möglichen Verkauf der städtischen Werke im Parlament eine Mehrheit gefunden. Ziel des Antrags war es, auf die Städtischen Werke einzuwirken, ihre Position im Bereich der Energiedienstleistungen auszubauen und eine führende Rolle bei der Aufgabe zu übernehmen, die $CO_2$-Emissionen deutlich zu reduzieren." Das ist uns gelungen. Die Mehrheit der Kunden will den Atomausstieg und somit auch atomstromfreie Energie.

Wir GRÜNEN werden weiter an der Modernisierung der Stadtwerke mitarbeiten. Bei allem Lob für die Entscheidung ist es nicht ausreichend Fremdstrom zu beziehen. Wir haben in der Region noch Potenziale zur Eigenerzeugung, die wir ausschöpfen müssen.
Doch bei allen noch ausstehenden Verbesserungsmöglichkeiten. Der November 07 ist und bleibt ein besonderer Monat für uns GRÜNE:
**Kassel ist atomstromfrei!**
**::: Karin Müller**

# CDU-Landesregierung bringt Kassel nicht nach vorne

**Was hat die Landesregierung** mit den Finanzen der Stadt Kassel zu tun? Sehr viel! Ein nicht unerheblicher Teil der Erträge der Stadt Kassel sind Landeszuweisungen. Während sich die Fraktionen im Rathaus oft über Kürzungen von wenigen tausend Euro streiten, führen Entscheidungen auf Landesebene zu Millionenverlusten für den Kasseler Haushalt. Eine Reihe von Entscheidungen auf Landesebene hat in den letzten Jahren den Kasseler Haushalt wesentlich mehr beeinflusst als die Entscheidungen vor Ort:

Das so genannte Bambini-Programm der Landesregierung geht inhaltlich in die richtige Richtung, die Förderung von Kita-Plätzen für Unterdreijährige ist begrüßenswert. Falsch ist jedoch, dass es vor allem durch Umschichtungen im kommunalen Finanzausgleich finanziert wird. Statt wie bisher hohe Arbeitslosigkeit und die Höhe der Sozialhilfekosten stark in die Mittelverteilung des kommunalen Finanzausgleichs einzubeziehen, wird nun der Ausbau der Kindergartenplätze mit einbezogen. Die Folge: Die Stadt Kassel hat allein im Jahr 2007 vier Millionen Euro weniger erhalten und finanziert damit letztendlich die Kita-Plätze von reicheren Kommunen in Südhessen.

Die Festlegung auf den Neubau Kassel-Calden ist falsch. Zwar fließen mindestens 108 Millionen Euro Landesgeld nach Nordhessen. Die Beteiligung der Stadt Kassel wird jedoch zu dauerhaft Belastungen im Haushalt führen. Das sagen selbst die Befürworter. Es gibt genug Ideen in Kassel und Nordhessen das Geld sinnvoll in nachhaltige Projekte zu investieren, die auch deutlich mehr Arbeitsplätze schaffen, z. B. in Bereichen wie Tourismus, Kultur, Wissenschaft und den boomenden erneuerbaren Energien.
Mit ihrem mittlerweile „Operation düstere Zukunft" getauften Programm hat sich die Landesregierung aus der sozialen Verantwortung für die Gemeinden gestohlen. Die Kürzung von mehreren hunderttausend Euro konnte die verschuldete Stadt Kassel nicht auffangen. Die Folge: Schuldnerberatung, Frauenprojekte, soziale Projekte und vieles mehr mussten ihre Arbeit reduzieren oder einstellen.

### Wie sieht es nun für 2008 aus?

Die Lage in Kassel ist gut, die Einnahmen aus Gewerbesteuern auch – im Übrigen ohne die Bebauung des Langen Feldes und ohne den Flughafenneubau Kassel-Calden. Gleichzeitig erhält die Stadt deutlich weniger Schlüsselzuweisungen vom Land als erwartet. Der komplizierte Verteilungsmechanismus des kommunalen Finanzausgleichs sorgt dafür, dass die „arme" Stadt Kassel von ihren Anstrengungen nur relativ wenig hat.

### Was sollte sich ändern?

1. Der Faktor Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe sollte wieder stärker bei der Verteilung der Mittel berücksichtigt werden. Ein Finanzausgleich ist dazu da, dass strukturelle Unterschiede ausgeglichen und nicht verstärkt werden.
2. Bund und Land sollen sich endlich der Verantwortung einer der wichtigsten Zukunftsaufgaben stellen: Dem Ausbau der Kinderbetreuung.
**::: Gernot Rönz**

## Neu in der Fraktion

# Heike Mattern

Ich heiße Heike Mattern und bin 55 Jahre alt, verheiratet und habe zwei Kinder. Seit über dreißig Jahren lebe und arbeite ich im Stadtteil Süsterfeld/Helleböhn in Kassel. Seit 25 Jahren bin ich kommunalpolitisch engagiert. Erst im Ortsbeirat und seit 1993 im Stadtparlament. Bis zum 30. Juni 2007 für die CDU, seit dem 1. Juli nun für DIE GRÜNEN.

Nachdem für mich feststand, dass ich aus persönlichen Gründen die CDU verlassen würde, mein Mandat aber behalten wollte, nahm ich Kontakt mit der Fraktionsvorsitzenden der GRÜNEN, Karin Müller, auf, um mit ihr einen möglichen Wechsel zu besprechen. Als neue Fraktion kamen für mich nur die GRÜNEN in Frage, da ich über viele Jahre einen guten Kontakt zu den Fraktionsmitgliedern hatte und immer gut und vertrauensvoll mit ihnen zusammen arbeiten konnte. Meine Arbeit im Jugendhilfeausschuss hat mir immer sehr viel Spaß gemacht, ebenso die Arbeit im Schulausschuss. Diese Arbeit kann ich jetzt fortsetzen.

Seit dreißig Jahren arbeite ich im Kindergarten St. Theresia, den ich seit 28 Jahren leite. Ich bin in unserer Gemeinde aktiv und engagiere mich in der Katholischen Arbeitnehmer Bewegung (KAB) des Bistums Fulda. Ich freue mich auf die Arbeit in meiner neuen Fraktion und auf viele Kontakte mit Ihnen. ::: Heike Mattern

# Chancen für Herkulesbahn nutzen

Ein Theaterbesuch am Freitagabend, der Bummel durch die Innenstadt mit Markthallen- und Museumsbesuch am Samstagvormittag, eine Fahrt aus der Innenstadt mit der Herkulesbahn direkt bis zum Herkules. Anschließend ein Spaziergang durch den Bergpark zum Schloss mit einer guten Tasse Kaffee und ein Stück Kuchen zum Erholen im Schlosscafe. Zum Abschluss dann einen abendlichen Restaurantbesuch. So könnte ein Wochenendbesuch in Kassel zukünftig vielleicht aussehen, wenn die Vision der Befürworter der Herkulesbahn Wirklichkeit wird.

Dass die Idee für die Herkulesbahn ernsthaft geprüft und weiter voran getrieben wird, dafür setzen wir Grünen uns schon lange ein. Mit der Verabschiedung eines von uns GRÜNEN, der SPD und der FDP gemeinsam eingebrachten Stadtverordnetenbeschlusses am 1. Oktober 2007 konnten nun die Weichen für die Verwirklichung der Herkulesbahn ein weiteres Stück gestellt werden. Mit dem Beschluss haben wir deutlich gemacht, dass die Stadtverordnetenversammlung die unvoreingenommene Prüfung der Wiedereinführung der Herkulesbahn unterstützt. Zudem wurde der Magistrat aufgefordert, gemeinsam mit der KVG eine Vorentwurfsplanung für die Umsetzung und Finanzierung der Herkulesbahn zu entwickeln und der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorzulegen. Dabei ist anhand einer Bedarfsanalyse die Förderfähigkeit des Projektes zu prüfen, eine Trassenplanung zu erarbeiten und ein Betriebskonzept zu entwickeln. Darüber hinaus wird der Magistrat aufgefordert, gemeinsam mit der kassel tourist GmbH zu prüfen, welche Vermarktungsmöglichkeiten es für eine Herkulesbahn im Rahmen der Museumslandschaft Hessen und des allgemeinen Tourismus gibt.
Man kann also gespannt sein, wie es weiter geht, eine Entlastung des Bergparks vom Individualverkehr ist auf jeden Fall nötiger denn je. **::: Ottmar Miles-Paul**

ORTSBEIRÄTE

## Ihre GRÜNEN AnsprechpartnerInnen in der Nachbarschaft

**Mitte:** Gertrud Hahner, Tel.: 7 39 63 62 • Ina Rudolph-Lösel, Tel.: 77 76 46
**Süd:** Kerstin Saric, Tel.: 2 77 29 • Roland Schäfer, Tel.: 2 57 89
Antje-Marie Seiffert, Tel.: 28 55 74
**West:** Britta Best, Tel.: 5 21 45 45 • Anne Höhmann, Tel.: 3 16 86 70
Dr. Hans-Helmut Nolte, Tel.: 1 88 33 • Willi Schaumann, Tel.: 77 59 32
**Wehlheiden:** Dr. Marianne Hornung-Grove, Tel.: 2 18 63 • Klaus Hansmann, Tel.: 28 29 96
Dr. Jürgen Sojka, Tel.: 77 74 53
**Wilhelmshöhe:** Johanna Bornhütter, Tel.: 31 51 83 • Dorothea Fischer, Tel.: 31 64 55
**Brasselsberg:** Johannes Vereijken, Tel.: 8 82 03 68
**Süsterfeld / Helleböhn:** Wilfried Bonnet, Tel.: 3 22 77 • Dr. Ursula Arndt-Ladleif, Tel.: 3 29 53
**Harleshausen:** Sabine Stern, Tel.: 9 88 00 58 • Helga Weber, Tel.: 6 28 19
**Kirchditmold:** Dr. Hermann Flux, Tel.: 6 74 77 • Ruth Fürsch, Tel.: 8 82 00 17
Elisabeth König, Tel: 6 86 39 • Eckhardt Wagner, Tel.: 6 62 81
**Nord / Holland:** Medard Flinner, Tel.: 89 18 39 • Hannes Volz
Steffen Müller, Tel.: 4 30 80 20
**Fasanenhof:** Gerhard Kähler, Tel.: 8 70 01 72
**Wesertor:** Armin Schreier, Tel.: 8 70 04 43 • Annli Lattrich, Tel.: 87 42 27
**Wolfsanger:** Christof Nolda, Tel.: 87 47 00
**Bürgerliste Bettenhausen:** Alfons Fleer, Tel.: 57 18 57
**Forstfeld:** Hans-Peter Faber 5 10 13 71
**Waldau:** Sven Graf (kein OBR), Tel.: 5 95 44
**Niederzwehren:** Theo Butz, Tel.: 77 62 56
**Bürger für Oberzwehren:** Friedhelm Weißbäcker, Tel.: 4 35 20 • Klaus Gnau, Tel.: 9 41 69 47
**Nordshausen:** Karl-Heinz Großkurth, Tel.: 40 36 20
**Jungfernkopf:** Dorothee Köpp, Tel.: 9 88 58 80
**Unterneustadt:** Joachim Schleißing (Ortsvorsteher), Tel.: 57 66 61 • Christine Götzfried
Andreas Süßenguth, Tel.: 9532205

# Klimaschutz für Alle – Praktische Tipps

### Effiziente Geräte nutzen

Kühl- und Gefriergeräte sind DIE Stromfresser im Haushalt. Wer beim Neukauf ein Gerät der Klasse A++ nimmt, kann CO2 und Geld sparen. Eine effiziente Waschmaschine spart über 35 Euro Energiekosten im Jahr. Die meiste Energie verbraucht die Wassererhitzung: Bei leicht verschmutzter Wäsche reichen 30-40°C.

### Ökologisch genießen

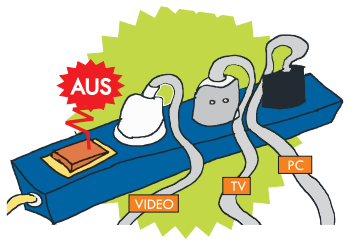
Lebensmittel aus ökologischem Anbau sind nicht nur gesund und schmackhaft. Sie sparen auch CO2, weil der Ausstoß auf ökologisch bebauten Flächen 2/3 geringer ist, als bei konventionellen.

### Glühbirnen austauschen

Durch den Austausch einer herkömmlichen Glühbirne durch eine Energiesparlampe kann man pro Jahr 65 kg CO2 sparen.

### Heizkosten sparen

Viele Gebäude verlieren ein Drittel der Heizwärme durch schlecht gedämmte Außenwände. Regelmäßiges Stoßlüften spart Heizenergie gegenüber dauerhaft gekippten Fenstern. Und: Fragen Sie ihren Hausbesitzer nach dem Dämmstandard des Hauses.




### Stand-by vermeiden

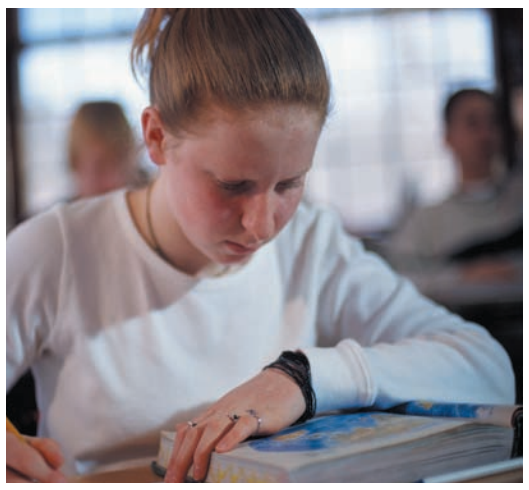
Ohne Stand-by würde Deutschland zwei Kraftwerke sparen. 70 Prozent seines Stroms verbraucht ein PC im Stand-by-Modus. Besonders hoch ist der Energieverbrauch des Bildschirms.

### Weniger Auto fahren

Autos gehören zu den Großproduzenten von Klimagasen. Jeder nicht gefahrene Auto-Kilometer spart durchschnittlich rund 400g CO2. Energiesparende Fahrweise trägt zu einer Senkung des CO2-Ausstoßes bei und spart Geld.

# Lernen mit Herz, Kopf und Hand

## Die Offene Schule Waldau bietet ein übertragbares Konzept



**Die Offene Schule Waldau** (OSW) ist neben der Reformschule die einzige wirkliche Ganztagsschule und gleichzeitig integrative Gesamtschule in Kassel. Für ihr Konzept und die Umsetzung hat die OSW den Deutschen Schulpreis 2006 bekommen.

Die OSW nimmt jedes Jahr alle Kinder der Grundschulen des Stadtteils Waldau auf. Das macht ca. die Hälfte der gesamten Schülerschaft aus. Die andere Hälfte kommt aus dem ganzen Stadtgebiet. Die Schule und ihr Konzept wird durch ihr Motto „langsam – leise – freundlich – friedlich" gut beschrieben. In der OSW geht kein Kind verloren. Es wird gelernt mit Herz, Kopf und Hand. Jeder und jedem, egal ob hochbegabt, mit Lernschwierigkeiten oder anderem Förderbedarf wird eine Chance gegeben. Dafür ziehen alle an einem Strang und übernehmen zusammen Verantwortung für die Schule und ein erfolgreiches Lernen. Die Schule ist für die Schülerinnen und Schüler nicht nur Pflicht, sondern das zweite Zuhause.

An der OSW bildet jede Jahrgangsstufe eine eigene kleine Einheit mit eigenem Jahrgangsgebäude bzw. eigener Etage. Jeweils zwölf LehrerInnen unterrichten eine Jahrgangsstufe von ca. 150 Kindern von Klasse fünf bis Klasse zehn, wodurch Kontinuität gewährleistet wird. Jede Klasse hat zwei KlassenlehrerInnen (eine Frau und einen Mann). Im Klassenrat werden einmal pro Woche alle auftretenden Probleme mit allen SchülerInnen gemeinsam besprochen und Lösungen gesucht. Insgesamt siebzig Prozent der SchülerInnen und 68 Prozent der Kinder mit Migrationshintergrund gehen nach der 10. Klasse auf eine weiterführende Schule, das sind durchschnittlich dreimal mehr als an anderen Schulen in Hessen.

Im Fach „Freies Lernen" wird beigebracht, wie man Verantwortung für das eigene Lernen übernimmt und sein eigenes Tempo findet. Für uns GRÜNE ist der beschriebene Ansatz der Offenen Schule Waldau, der durch das Erlernen von Schlüsselqualifikationen zum Erfolg führt, einer, der durchaus auf andere Schulen übertragbar ist. Und dass Eltern diesen Weg auch gehen wollen, zeigen die hohen Bewerberzahlen in Waldau und bei der Reformschule. Wir brauchen mehr davon.

::: Karin Müller

# Eine Schule für Alle ...

**... ist für SchülerInnen mit Behinderung** noch längst keine Realität. Viele werden nach wie vor auf Sonderschulen verwiesen. Ottmar Miles-Paul sprach mit dem behindertenpolitischen Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Dr. Andreas Jürgens, über diese Benachteiligung.

*Herr Dr. Jürgens, eine Anfrage der GRÜNEN in der Stadtverordnetenversammlung hat ergeben, dass 31 behinderte SchülerInnen einer Förderschule zugewiesen wurden, obwohl die Eltern eine Beschulung im gemeinsamen Unterricht gewünscht haben. Ist das nur ein Kasseler oder ein landesweites Problem?*

Auf meine mündliche Frage in der letzten Plenarsitzung des Landtags hat die Kultusministerin angegeben, dass zum neuen Schuljahr landesweit 203 behinderte SchülerInnen, die in den gemeinsamen Unterricht wollten, doch auf der Förderschule gelandet sind. Dies ist besonders dramatisch, weil in Hessen alle behinderten Kinder gemeinsam mit den nicht behinderten in den Kindergarten gehen. Wenn es dann zur Schule geht, werden sie von ihren nicht behinderten Freunden getrennt. Das ist keine gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen, wie wir sie uns vorstellen!

*Die Stadt selbst kann hier nur sehr eingeschränkt agieren.*
*Was könnte das Land für mehr Integration behinderter Kinder tun?*

Über die Verweisung zur Förderschule entscheidet allein das Staatliche Schulamt, die Stadt kann da gar nichts machen. Vom Schuljahr 1999/2000 bis heute ist die Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf hessenweit um etwa 4.500 gestiegen. Davon ist nur ein ganz kleiner Teil in den gemeinsamen Unterricht gekommen. Im Bereich praktisch bildbare (geistig behinderte) und Lernhilfe-SchülerInnen sind die Zahlen sogar rückläufig. Bei der gegenwärtigen Kultusministerin ist der gemeinsame Unterricht politisch nicht gewollt. Das muss sich ändern. Das Land muss deutlich mehr Personal für den gemeinsamen Unterricht zur Verfügung stellen, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen und entsprechende Unterstützung für die LehrerInnen und SchülerInnen anbieten.

*Gibt es Entwicklungen, die den Eltern und den behinderten Kindern Hoffnung für die Zukunft machen?*

Zukunftsperspektiven nützen den Kindern, die heute eingeschult werden, nicht viel. Wenn sie erst einmal ausgesondert sind, wird es immer schwieriger, sie wieder in die Welt der nicht behinderten Menschen einzugliedern. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat aber im Dezember 2006 eine neue Konvention über die Rechte behinderter Menschen verabschiedet. Darin ist vorgeschrieben, dass behinderte Kinder so weit wie möglich in den allgemein üblichen Bildungseinrichtungen beschult werden müssen, also in der Regelschule. Wir treten deshalb dafür ein, dass auch Deutschland diese Konvention ratifiziert.

# Räume zum Leben

**„Freiräume für Kinder und Jugendliche"** ist eine berechtigte Forderung der Jugendlichen vom Weltkindertag am 20. September 2007. Keinen Platz zum Spielen oder zum Begegnen haben wir in Kassel leider genug!

Willkürlich wird den Jugendlichen die „Lebensweltorientierung" genommen. Es wird ihnen nicht zugebilligt, dass sie in der Lage sind als selbstständige mündige Menschen mit ihren Bedürfnissen eigenverantwortlich umgehen zu lernen. Räume für Kinder und Jugendliche müssen wohnortnah und den Bedürfnissen der Nutzer nach Alter, Geschlecht und Wünschen angepasst sein. Es gibt Skaterplätze, Basketballfelder, Bolzplätze und Container, wo Jugendliche sich treffen können. Vielfach sind diese durch Beteiligungsprojekte entstanden, die das Kinder- und Jugendbüro initiiert hat.

Es gibt aber auch abgebaute Tore auf neuen Bolzplätzen und Turnvereine, die wegen Lärmbelästigung verklagt werden, weil beim Bau eines Rollhockeyplatzes nicht an Lärmschutzmaßnahmen gedacht wurde. Der Skaterplatz am Dock 4 ist in einem Zustand, auf dem das Skaten kaum noch möglich ist, weil dort eine Baufirma ihre Maschinen abstellt.

Wir GRÜNEN fordern, den Kindern und Jugendlichen Räume zum Leben anzubieten und ihnen die Möglichkeit zu geben, auch in eigener Verantwortung Container, Bauwagen u. ä. zu nutzen. Von der Renovierung bis zur selbstständigen „Verwaltung". Wir geben den Jugendlichen die Möglichkeit, Lebenskompetenzen wie Verantwortungsbewusstsein und Selbständigkeit zu erwerben, und sie lernen den achtsamen Umgang miteinander und mit Dingen, die ihnen anvertraut werden.

Es muss von den städtischen Ämtern darauf geachtet werden, dass Kinder und Jugendliche an Platzgestaltungen beteiligt werden. Beim Verkauf von Grundstücken soll darauf geachtet werden, dass Spielplätze und Fußballfelder im Kaufvertrag stehen, damit den Käufern später keine Gelegenheit zum Klagen gegeben wird.
Wir GRÜNEN unterstützen die Forderungen der Kinder und Jugendlichen und werden versuchen, neue Räume und neue Möglichkeiten in unserer Stadt zu erschließen. ::: Heike Mattern

# Einkaufen mit dem Fahrrad

**Wussten Sie schon,**

- dass es in Deutschland doppelt so viele Fahrräder wie Autos gibt,
- dass zehn Prozent aller Autowege in der Stadt kürzer als ein Kilometer und
- dass mehr als 50 Prozent aller Autowege in der Stadt kürzer als fünf Kilometer sind?

Da RadlerInnen im Schnitt 3,4 Kilometer in der Stadt zurücklegen und das in ca. 14. Minuten, ist das Fahrrad ein ideales Verkehrsmittel zur Erledigung der meisten Einkäufe. Viele RadfahrerInnen können jedoch ein Lied davon singen, wie schwer es oft ist, einen geeigneten Abstellplatz für das Fahrrad zu finden. Das wollen wir GRÜNEN ändern.

Erst vor kurzem ist es uns GRÜNEN durch unser beharrliches Eintreten für die Verbesserung des Radverkehrs gelungen, dass die Kasseler Stadtverordnetenversammlung einen Antrag zur Fertigstellung der bereits in den 90er Jahren geplanten Radrouten beschlossen hat. Hierfür wird nun auch das entsprechende Geld in den Haushalt eingestellt.

Nun muss deutlich gemacht werden, dass RadfahrerInnen in der Stadt willkommen sind, so zum Beispiel beim Einkaufen. Wir GRÜNEN treten für die Stadt der kurzen Wege ein und dabei spielt die Nutzung des Fahrrads eine wichtige Rolle. Um dies zu ermöglichen, müssen nun auch die GeschäftsinhaberInnen mitziehen und sichere und überdachte Abstellmöglichkeiten für Fahrräder schaffen. Die Nutzung des Rades verursacht keinen Lärm und keine Abgase und ist zudem gesundheitsfördernd. Vor allem sind RadlerInnen aber auch KundInnen. Deshalb treten wir GRÜNEN dafür ein, dass das Einkaufen mit dem Fahrrad auch in Kassel attraktiver gestaltet wird. ::: Ottmar Miles-Paul

## Gute Gründe für das Einkaufen mit dem Fahrrad

**Sie sparen Zeit – auf Kurzstrecken gibt es nichts besseres und schnelleres**

**Sie sparen das Geld für die Parkuhr oder Gebühren für das Parkhaus, stattdessen kaufen sie sich etwas Schönes**

**Sie brauchen keinen Parkplatz suchen und können direkt vor das Geschäft fahren**

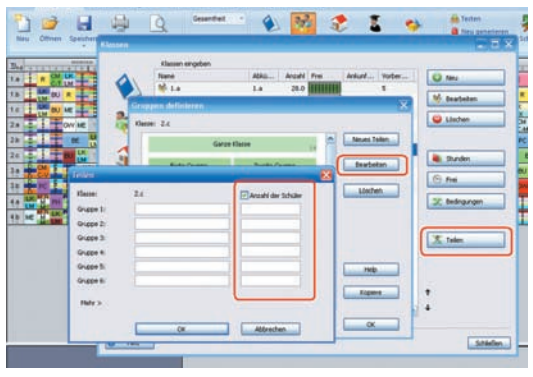
**Ein ganzes Jahr Rad fahren kostet so viel wie eine Woche Auto**

**Sie schonen ihre Umwelt – kein Lärm, keine Abgase**

**Sie halten sich selber fit und können noch lange GRÜN wählen**

**Die GRÜNE Rathausfraktion wird sich weiterhin für den Ausbau der Fahrradwege und für mehr Fahrradständer in der Innenstadt und den Stadtteilen einsetzen.**

## Viel Last durch die LUSD



**An hessischen Schulen sollen Prozesse** durch eine effektive Datenverarbeitung beschleunigt werden. So klang zumindest die Beschreibung des amerikanischen Software-Riesen CSC. Dieser hatte die LehrerInnen- und SchülerInnendatenbank entworfen, die LUSD genannt wird und den Betroffenen alles andere als Lust bereitet.
Die Arbeit an den Schulen sieht so aus, dass zum Teil in nächtelangen Sitzungen sämtliche Daten der SchülerInnen in das Programm eingegeben wurden. Die versprochene Arbeitsentlastung blieb jedoch aus. Das Programm, das eigentlich die Zeugnisse erstellen, Stundenpläne errechnen und über die Lernmittelausstattung Bescheid wissen sollte, meldet nämlich vor allem eines: Fehler. Zum Glück – möchte man meinen – gibt es noch die Hotline. Hier erhalten die gefrusteten und überarbeiteten SchulsekretärInnen Ticketnummern, die zu einer Rückkehr zur Leitz-Ordner-Strategie führen. Die meisten Schulen müssen nämlich wieder Buch führen, um ihre einzelnen Ticketnummern überhaupt noch ihren Problemen zuordnen zu können.

Einer der Grundfehler liegt für uns als GRÜNE KommunalpolitikerInnen in der völligen Zentralisierung der LUSD. Statt dieser Zentralisierung brauchen wir vielmehr eine Software, die lokal auf den Schulrechnern installiert ist. Im Mittelpunkt muss die Erleichterung der Arbeit der Schulen stehen und nicht der Zentralisierungs- und Kontrollwahn des hessischen Kultusministeriums. Wir brauchen Schulen, die kreativ und frei sein können, Schulen, die sich nicht an Vorschriften messen, sondern an den Menschen und ihren Bedürfnissen, ihren besonderen Neigungen und Begabungen. Eine nicht funktionstüchtige, zentral verwaltete Datenbearbeitung hat hingegen weitreichende Negativkonsequenzen: die SchülerInnen warten z. B. auf ihre Schulbescheinigungen, die sie u.a. dafür benötigen, Bafög-Anträge auszufüllen und Fahrkarten zu kaufen. Den MitarbeiterInnen der Verwaltung wird ein doppelter Arbeitsaufwand zugemutet.
::: **Thomas Flügge**

**In der letzten Ausgabe** unserer Zeitung ist der Bildungs- und Erziehungsplan (BEP) in seiner Zielsetzung vorgestellt worden. Mit der Realisierung des BEP sind große Erwartungen verbunden, die Umsetzung in die Praxis wird teilweise mit Skepsis beobachtet. Genügend Anlass für uns GRÜNE, um KollegInnen vor Ort zu Wort kommen zu lassen. Die folgenden Einschätzungen sind Auszüge aus einem Interview, das mit Frau Stäudel-Buchmann, Lehrerin an der Fachschule für Sozialpädagogik und Frau Reif, Erzieherin in einer Kindertagesstätte, geführt wurde.

::: *Was ist das qualitativ Neue am BEP?*
Der BEP fordert mehr Verbindlichkeit und zeichnet sich durch einen anderen Blick auf das Kind aus: Selbstbildungsprozesse und vor allem die Ressourcen des Kindes stehen im Vordergrund. Nicht, dass ErzieherInnen bisher nur daran orientiert gewesen wären, was Kinder noch nicht können – aber jetzt wird klar betont: Kinder haben Ressourcen, und die gilt es zu fördern.

Durch den Gedanken der Partizipation – also der Beteiligung von Eltern, ErzieherInnen und LehrerInnen – entspricht der BEP einem klaren Demokratieverständnis. Zudem wird die Bedeutung von Übergängen thematisiert: Es ist nicht die Institution Kita oder Grundschule, die jeweils neu definiert, was gut ist für das Kind. Die jeweiligen Ziele entstehen vielmehr aus einem gemeinsamen Fördern und Fordern. Dies ist ein nicht immer einfacher Prozess.

::: *Welche Kompetenzen benötigen ErzieherInnen für die Umsetzung des BEP?*
ErzieherInnen benötigen Beobachtungsfähigkeiten und profunde entwicklungspsychologische Kenntnisse. Außerdem sind die KollegInnen mit einem neuen Rollenverständnis konfrontiert: Sie werden als LernbegleiterInnen, als ModeratorInnen für Bildungsprozesse gefordert. Teamarbeit bzw. Teamfähigkeit sind unverzichtbar. Dazu gehören gemeinsames Bemühen, Absprachen mit Eltern und mit KollegInnen aus der Grundschule. Das hört sich alles gut an. Nicht vergessen werden sollte, dass beide Berufsgruppen unterschiedliche gesellschaftliche Wertschätzungen erfahren.

::: *Was wünschen Sie sich von den Trägern, Verbänden, der Politik an Unterstützung für die Umsetzung des BEP?*
Mindestens 2 Fachkräfte pro Gruppe, Fortbildungen, bessere, der Bedeutung der Arbeit entsprechende Bezahlung. Zeit für Beobachtung, Zeit für Dokumentationen, Zeit für Vorbereitungen, Zeit für die Kooperation mit den Eltern. Auf den Punkt gebracht: eine bessere Personalversorgung vom Träger.

Die Einarbeitung des BEP in die Lehrpläne der Fachschulen erfolgt derzeit. Die ErzieherInnenausbildung solle auf Fachhochschul-Niveau stattfinden, hört man immer wieder. Das ist erstrebenswert, aber nur dann, wenn die Qualität der Fachschulausbildung – das heißt, die Praxisorientierung der Ausbildung und die hohe Praxiskompetenz erhalten bleibt. Hier erhoffen wir uns Unterstützung für den Aufbau einer modularisierten Ausbildung zwischen Fachschule und Fachhochschule.

Das vollständige Interview finden Sie auf der Internetseite der Kasseler Rathausfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN unter:
www.gruene-fraktion-kassel.de/35322.0.html.
::: **Dr. Martina van den Hövel**

## Anspruch auf saubere Luft
### — nicht mehr nur eine Luftnummer!

**Seit drei Jahren** warten die Kasseler Bürgerinnen und Bürger auf Maßnahmenpläne aus dem Rathaus, mit denen ihr gesetzlicher Anspruch auf Einhaltung der Grenzwerte für Luftverschmutzung eingelöst werden könnte. Von dort hört man allerdings wenig – zu wenig!

Zwar hat der Umweltdezernent zwischenzeitlich eine Liste von Verwaltungsanweisungen veröffentlicht, mit denen der „Luftreinhalte- und Aktionsplan" umgesetzt werden soll. Diese Maßnahmen beschreiben aber alles andere als „frischen Wind". Es handelt sich allenfalls um Tröpfchen auf den heißen Stein, aber nicht um wirksame Eingriffe. Auf keinen Fall beinhaltet die Liste einen Notfallplan, wie zu verfahren ist, wenn die zulässige Grenzwertüberschreitung für Feinstaub wieder einmal vor der Tür steht. Dies aber ist mehr als überfällig.

Gefragt, wie im Zweifel zu handeln sei, gab der Umweltdezernent bisher gerne den „Schwarzen Peter" weiter – an den Landkreis, weil von daher eigentlich die Luftbelastung komme oder an das Land, weil es noch nicht die Umweltzone geprüft habe und demzufolge auch keine akuten Maßnahmen einzurichten seien.

Jetzt allerdings hat sich das Blatt gewendet. Die Stadt kann sich nicht mehr aus der Verantwortung stehlen. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat am 27. September mit einem Urteil festgestellt, dass Anwohner von stark befahrenen Straßen Anspruch auf konkrete Einzelmaßnahmen zur Linderung der Belastungssituation haben und dass Fahrverbote nicht deshalb abgelehnt werden können, weil noch kein landesweiter Aktionsplan bestehe. Das heißt, dass die Stadt einen Plan vorlegen muss, mit dem sie gegebenenfalls Fahrverbote für Dieselfahrzeuge ausspricht. Der Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf einigermaßen gesunde Luftverhältnisse ist endlich gegen die Interessen der Autolobby durchgesetzt worden!

Wir GRÜNEN haben immer wieder auf die Erstellung eines Maßnahmenkatalogs gedrängt, der die Luftgrenzwerte sicherstellen kann – und sind immer wieder vom Stadtbaurat abgebügelt worden mit dem Hinweis auf eine schwierige Gemengelage und die Verpflichtung des Landes, als erstes zu handeln. Für den Umweltschutz ist das Urteil aus Leipzig ein großer Gewinn, für die Reputation der Umweltpolitik des Kasseler Rathauses allerdings eine vernichtende Niederlage. ::: Helga Weber

## Die GRÜNE Fraktion sagt DANKE

**Der Dank** gilt all denjenigen Kulturschaffenden, die das documenta-Jahr mit Ausstellungen, Konzerten, Aufführungen und anderen Veranstaltungen sowie Aktionen bereichert haben. Wie noch nie zuvor hat die Kasseler Kunst- und Kulturszene der documenta einen solchen vielseitigen und umfangreichen Rahmen gegeben. Nicht nur der Kasseler Bevölkerung sondern auch vielen documenta-Besuchern ist die Vielfalt der kulturellen Aktivitäten vor Ort positiv aufgefallen. Das breite Spektrum der kulturellen Aktivitäten haben das „Beiprogramm" der documenta zum Hauptprogramm werden lassen.
Einige Beispiele: Ausstellungen und Performances in der „Station 15" in der Goetheanlage, aus den Lichtwegen sind Lichtinseln auf Siebenbergen geworden. Das Kasseler Aktionstheater glänzte mit „Transfer", einer Inszenierung mit einem Transportcontainer an verschiedenen Orten in Kassel. Der KunsTTempel verwandelte sich von der „Kabaa" zum Vereinsheim des Motorradclubs MC o.T. Die durch die GRÜNE Fraktion gestärkte Caricatura hat mit neuen Besucherrekorden die V. Bestandsaufnahme der komischen Kunst durchgeführt. Rund um den Kulturbahnhof organisierten ARM und Lolitabar das Kulturfestival „Bürgerstolz und Stadtfrieden"

Kommen jetzt 5 Jahre Kunstpause? Wir hoffen nicht. Diese kulturelle Aufbruchstimmung, die Kassel mehr als 100 Tage begleitet hat, muss genutzt werden. Hier ist die Stadt gefragt, Initiativen zu unterstützen, Ansprechpartnerin für kulturelle Aktivitäten zu sein und diese Welle neuer kultureller Ideen für den Kulturstandort Kassel zu nutzen.
Kassel gewinnt durch seine kulturelle Vielfalt an Lebensqualität. Kassel gewinnt durch die daraus entstehenden Anregungen und Zukunfts-Dikussionen. Kassel gewinnt durch die integrative Wirkung von Kunst und Kultur. Und nicht zuletzt gilt: Kultur schafft Arbeit.

Entsorgung von ästhetischen Altlasten
Grafische Ausbesserungsarbeiten e-bildwerke.com
Herstellung von visuellen Botschaften

OK
o.k.computer
oliver kasten
Friedrich-Ebert-Str. 124 | (direkt am Bebelplatz) | Tel.: 0561 2888289
Mo-Fr: 10:00-18:30 | Sa: 10:00-14:00

... na klar doch oder was mehr: Bei einer Auflage von 25.000 und einer stadtweiten Verteilung lohnt sich eine Anzeige in xtraGrün
::: Information und Beratung: 0561 7 397048

**Fraktion im Rathaus**

**Obere Königsstraße 8, Zimmer W120**
**34117 Kassel**

**Tel. 0561 787 12 94, Fax: 0561 21 04**
**E-Mail: info@gruene-fraktion-kassel.de**
**www.gruene-fraktion-kassel.de**

**Ihre AnsprechpartnerInnen:**
Thomas Flügge und Ulrike Kapusta
Mo. - Do. 9 - 12 Uhr und 14 - 15 Uhr
und nach Absprache
Bürgerberatung: Mi. 9 - 11 Uhr
Mitglieder der Rathausfraktion: Karin Müller, Anja Lipschik, Gernot Rönz, Ottmar Miles-Paul, Wolfgang Friedrich, Helga Weber, Karl Schöberl, Dieter Beig, Heike Mattern, Roswitha Rüschendorf, Dr. Klaus Ostermann, Dr. Martina van den Hövel
Mitglieder des ehrenamtlichen Magistrats:
Annett Martin und Jürgen Blutte
Mitglied des hauptamtlichen Magistrats:
Anne Janz, Dezernentin für Jugend, Schule, Frauen und Gesundheit

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
**Fraktion im Rathaus Kassel**

Impressum:
V.i.S.d.P.: Kasseler Rathausfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Ottmar Miles-Paul
Redaktion: Gernot Rönz und Ottmar Miles-Paul
Mit vollem Namen gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der VerfasserInnen wieder
Layout: e-BILDWERKE Kassel – www.e-bildwerke.de
Druck: Grafische Werkstätten, Kassel
Auflage: 25.000 Exemplare
Fotonachweis: S.3 u.; S 4 o.l u. o.r. sind von photocase.de, neue Herkulesbahn e.V.